

Eingegangen und vorgelegt zum Zwecke der Zustellung

Hannover, den 13. Juni 1949.

Der Oberstaatsanwalt gez. Krause

*Das Urteil
ist dem Angeklagten zugesellt*

2 Ks. 26/48 am 16/6. 49
28 a 5/49

(eingegangen am 13.5.1949
gez. Schultz, JS. LG. Hannover)
Ausfertigung.

Im Namen des Rechts!

In der Strafsache
gegen

den Kraftfahrer Ludwig B o o k aus Hannover-Ricklingen,
partold-Knauststr. 46, geboren am 4.11.1900 in Hannover-
Badenstedt

wegen Verbrechens nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 10

hat das Schwurgericht Hannover in der Sitzung vom 3. Mai
1949, an der teilgenommen haben:

Landgerichtsrat Heinrichs
als Vorsitzender,

Amtsgerichtsrat Fuhst,
beauftragter Richter Dr. Götte
als beisitzende Richter,

- 1.) Witwe Elisabeth Bolius, Hannover,
2.) Angestellter Fritz Pracht, Hameln,
3.) Landwirt Wilhelm Franke, Kirchhohnsen,
4.) Bodenmeister Rudolf Wilkening, Aerzen,
5.) Schlosser Fritz Ahrens, Hannover,
6.) Techniker Wilhelm Bachmann, Hannover,

als Geschworene,
Staatsanwalt Kort

als Beamter der Staatsanwaltschaft,
Hilfsassistent Larsen

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird unter Preisprechung im
übrigen wegen Verbrechens gegen die Mensch-
lichkeit in 2 Fällen, davon in einem Fall
in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung
und im anderen Fall in Tateinheit mit Körper-
verletzung zu einer Gesamtgefängnisstrafe von
5 Monaten verurteilt.

Soweit Verurteilung erfolgt ist, trägt der An-
geklagte die Kosten des Verfahrens, im übrigen
trägt die Staatskasse die Kosten.

./.

Gründe:

St P 288/49

Gründe:

Der aus Hannover-Badenstedt stammende Angeklagte wohnt seit seiner Kindheit in Hannover-Ricklingen. Nachdem er nach seiner Schulentlassung zunächst als ungelernter Arbeiter tätig gewesen war, wurde er im April 1918 Soldat und kam nach der Ausbildung in der Heimatgarison gerade zu der Zeit zum Feldrekrutendepot in Lille, als der Zusammenbruch der Front begann. Er kam deshalb nicht mehr zum Fronteinsatz und wurde Anfang 1919 aus der Wehrmacht entlassen. Nunmehr arbeitete er zunächst wieder als ungelernter Arbeiter und trat 1923 bei der Schutzpolizei ein, bei der er bis 1925 verblieb. Diese Stelle hat er angeblich wegen zu geringen Verdienstes wieder aufgegeben, jedenfalls ging er danach als ungelernter Arbeiter zur Hanomag zurück, bei der er bereits früher tätig gewesen war. Dort wurde er 1931 wegen Arbeitsmangel entlassen und war bis zum Herbst 1933 arbeitslos. In der Zeit seiner Arbeitslosigkeit trat er aus dem Metallarbeiterverband, dem er bislang angehört hatte, aus und 1932 in die NSDAP. und SA. ein. In der SA. avancierte er 1933 zum Scharführer und später zum Truppführer. In der NSDAP. hat er angeblich keine Funktion ausgeübt und keinen Rang innegehabt. - Vom Herbst 1933 bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht im Jahre 1939 war er als Friedhofsarbeiter auf dem Friedhof in Hannover-Ricklingen tätig. Er war dann Soldat und geriet 1944 in der Normandie in amerikanische Gefangenschaft, aus der er 1946 entlassen wurde. Jetzt ist er als Kraftfahrer in einer Kohlenhandlung tätig.

Der Angeklagte hat nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus die dadurch auch für ihn begründete politische Überlegenheit und Macht seinen früheren politischen Gegnern zu fühlen gegeben. So hat er im Jahre 1933 einen früheren SPD.-Angehörigen mit dem Zuruf "Jetzt hab ich dich, rotes Schwein" zu Boden geschlagen. Er ist deswegen durch Urteil der 2. Strafkammer des Landgerichts Hannover vom 4.11.1947 wegen gefährlicher Körperverletzung zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden. In den Gründen dieses Urteils heißt es, daß die Straftat zugleich alle Merkmale des Verbrechens wider die Menschlichkeit trage (Art. II Ziff. 1 a Kontr. Gesetz 10). Entsprechend der damaligen Rechtsauffassung, die davon ausging, daß die alternative Anwendung des deutschen Strafrechts erfolgen könne, und aus der Erwägung heraus, daß eine Bestrafung nach § 223 a StGB. ausreiche, hat es die Strafkammer damals bei einer Bestrafung nach dieser Vorschrift belassen. Das Kontrollratsgesetz 10 ist jedoch wegen seiner die Verjährung hindernden Wirkung angewandt worden.

Später hat sich herausgestellt, daß sich der Angeklagte in der Zeit nach Januar 1933 noch weiterer Übergriffe schuldig gemacht hat.

1.)

- 1.) Im Februar oder März 1933 traf er eines Abends den Zeugen Bellmer in Ricklingen auf der Straße. Beide kannten sich seit Jahren, insbesondere war dem Angeklagten bekannt, daß Bellmer altes Mitglied und alter Anhänger der SPD. war. Als er jetzt Bellmer wiedersah, rief er diesem zu: "Da bist Du Bonze ja, die Zeiten sind jetzt vorbei, ich bringe Dich dahin, wo Du hingehörst, Ihr Bonzen werdet mit Bumpf und Stumpf ausgerottet". Damit faßte er ihn auf die Brust, schlug ihn ins Gesicht, daß die Brille zur Erde fiel und stieß ihn mit dem Gewehrkolben vor die Brust. - Einige Wochen später trafen beide erneut zusammen. Bellmer, welcher bemerkte, daß der Angeklagte es wieder auf ihn abgesehen hatte, zog sich auf den Hof eines Hauses zurück, wurde aber vom Angeklagten verfolgt. Dieser wollte sich wieder an ihm reiben, wurde jedoch durch einen vorbeikommenden gemeinsamen Bekannten davon abgehalten, der ihm zurief, er solle Bellmer zufrieden lassen.
- 2.) Im Frühjahr 1933 wurde mit der Auflösung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes auch die in Ricklingen bestehende "Freie Turnerschaft" aufgelöst und deren Sportplatz enteignet. Mitglieder des Sportvereins, die sich hernach noch auf dem Sportplatz sehen ließen, wurden einmal, etwa im Mai 1933, von bewaffneten SA.-Männern, unter denen sich der Angeklagte befand, des Platzes verwiesen und als "rote Bluthunde" bezeichnet. Einige Zeit nach dieser Platzverweisung, etwa Anfang Juni 1933, machten mehrere der freien Turner, nämlich die Zeugen Johannes, Ludwigs, Wilhelm Tüpelmann und die Verstorbenen Drewes und Jordan einen Spaziergang im Ricklinger Walde. Sie nahmen auf einer Bank Platz und sangen Turnerlieder. Darüber war die Dunkelheit hereingebrochen. Plötzlich, während sie noch beim Singen waren, erschienen einige mit Gewehren bewaffnete SA.-Männer, die mit ihren Taschenlampen die Sänger anstrahlten. Einer dieser SA.-Männer war der Angeklagte, der vortrat und rief: "Da seid ja Ihr Schweine von der Freien Turnerschaft!". Die Sitzenden, von denen einer den Namen Book geflüstert hatte, sprangen jetzt mit Ausnahme Ludwigs, der es weniger eilig hatte, von der Bank hoch und weiter zur Seite, da der Angeklagte in jener Zeit in Ricklingen als Schläger bekannt und gefürchtet war. Ludwigs, der sitzen geblieben war, bekam jetzt von Angeklagten einen derartigen Schlag ins Gesicht, daß er rückwärts über die Bank fiel und seine Brille verlor. Er wurde dann mit den anderen Turnern aus dem Walde gewiesen, wobei ihnen noch von den SA.-Leuten bedeutet wurde, sich dort nicht wieder sehen zu lassen. - Nachdem man sich etwa 200 bis 300 Meter von der Bank entfernt hatte, bemerkte Ludwigs, der längere Zeit von dem Schläge stark benommen war, den Verlust der Brille. Er ging mit dem Angeklagten zur Bank zurück, um die Brille dort zu suchen, während die anderen Turner unter Bewachung der beiden anderen SA.-Männer warteten. Nach Auffindung der Brille verliesen dann die Turner das Gehölz. Dabei wurde der verstorbene Drewes noch von einem der SA.-Männer mit Gewehrschlägen

schlagen und -stößen mißhandelt. Denn Drewes zeigte am nächsten Tag den Zeugen Ludwigs und Wilhelm Töpelmann blutunterlaufene Stellen im Rücken, die von ihm mit dem Geschehenissen des vorhergehenden Abends in Zusammenhang gebracht wurden.

Anlaßlich der Besetzung des Gewerkschaftshauses in Hannover am 1. April 1933 wurden in Ricklingen zahlreiche Gegner der NSDAP. aus ihren Wohnungen geholt und über das örtliche Polizeirevier zum Polizeipräsidium gebracht, von wo sie erst am nächsten Abend wieder entlassen wurden. Im Polizeipräsidium wurden die Festgenommenen über ihre Personalien und ihre politische Betätigung vernommen. Strafrechtliche Vorwürfe wurden nicht erhoben. Um eine vorläufige Festnahme im Sinne des § 127 StPO. handelte es sich nicht. Die Festnahme geschah lediglich aus politischen Gründen. Ihre Durchführung geschah durch bewaffnete Angehörige der SA., die als "Hilfspolizisten" verwandt und teilweise als solche durch entsprechende Armbinden kenntlich gemacht wurden. Unter den Festgenommenen befanden sich die Zeugen Flemes, Albrecht, Schwertmann und Molok. Während sich nun Molok, Schwertmann und Albrecht nicht erinnern können, daß der Angeklagte an ihrer Festnahme beteiligt oder überhaupt zugegen war, obwohl der Angeklagte dem Zeugen Albrecht früher schon zur Person bekannt war, will sich Flemes mit Bestimmtheit an folgende Vorgänge erinnern:

Als Flemes am 1.4.1933 nachmittags von der Arbeit nach Haus kam, habe er den Angeklagten unter anderen SA.-Männern, von denen einige bewaffnet waren, auf der Straße gesehen. Der Angeklagte, den er seit Jahren von Ansehen genau kannte, habe eine Armbinde getragen, offenbar eine solche, wie sie damals von den Hilfspolizisten getragen wurde. Bald nachdem Flemes in seiner Wohnung war, seien dort 3 SA.-Männer erschienen und hätten ihn aufgefordert, ihnen zu folgen. Als er diesem Befehl nachkam und mit ihnen auf die Straße ging, habe er dort wiederum den Angeklagten in SA.-Uniform gesehen. Er wurde dann, wie die übrigen Verhafteten, von SA.-Männern zum Polizeirevier und später zum Polizeipräsidium geschafft und dort am nächsten Abend nach Feststellung der Personalien entlassen.

Diese Bekundung reicht nicht aus, den Angeklagten der Beteiligung an der Festnahme der Zeugen Schwertmann, Albrecht und Molok und insbesondere nicht des Zeugen Flemes zu überführen, zumal der Angeklagte diese ihm zur Last gelegte Tat bestreitet und angibt, daß er sich um die fragliche Zeit auf einem SA.-Lehrgang in Kreiensen befunden habe. Selbst wenn es zuträfe, daß der Angeklagte sich während der Polizeiaktion auf der Straße befunden hätte und dabei eine Armbinde mit der Aufschrift "Hilfspolizei" getragen hätte, wäre dies noch kein ausreichender Beweis dafür, daß er auch an der Festnahme der Zeugen beteiligt war, ja nicht einmal dafür, daß er überhaupt an der ganzen Polizeiaktion mitgewirkt hat. Die

Zeugen

Zeugen Molok, Schwertmann und Albrecht wissen jedenfalls von einer Beteiligung des Angeklagten überhaupt nichts und auch der Zeuge Flesmes konnte keine bestimmten Angaben darüber machen, in welcher Weise der Angeklagte sich nun überhaupt betätigt hat. Unter den SA.-Leuten, welche Flesmes in seiner Wohnung abholten, befand er sich nicht. Auch hat sich nicht feststellen lassen, daß die anderen SA.-Leute, die auf der Straße herumstanden, etwa zum Schutze der festzunehmenden SA.-Männer eingesetzt waren. Das braucht nicht so gewesen sein. Denn um einen unbewaffneten Menschen festzunehmen, genügten wohl auch die drei mit Gewehren bewaffneten SA.-Männer, welche Flesmes in der Wohnung abgeholt haben. Wenn sich also der Angeklagte am Tage der Festnahme in SA.-Uniform in den Straßen von Hannover bewegt haben sollte, so kann dies aus Neugierde und Schaulust geschehen sein, zumal auch Flesmes nicht angeben konnte, ob der Angeklagte bewaffnet war. Schließlich ist auch die Bekundung von Flesmes über die vom Angeklagten getragene Armbinde zu ungenau, um daraus zwingende Schlüsse gegen den Angeklagten zu ziehen. Auf die Aufschrift der Armbinde entsinnt sich nämlich der Zeuge nicht mehr. Sie kann sich auch auf die Zugehörigkeit zu einer Sonderformation, insbesondere einem SA.-Kursus bezogen haben. Überhaupt erschien es dem Schwurgericht angebracht, der Aussage des Zeugen Flesmes mit großer Vorsicht zu begegnen. Denn einmal liegen die Vorgänge schon fünfzehn Jahre zurück, also eine Zeitspanne, in der leicht verschiedene Erinnerungen irrtümlich miteinander verknüpft sein können, zumal, wenn in dieser Zeit eine Fülle schwerster Eindrücke auf die Menschen eingewirkt hat. Außerdem ist der Zeuge Flesmes dem Angeklagten nicht gut gesonnen. Der Zeuge wurde nämlich im Jahre 1933 aus seiner Stellung als städtischer Angestellter bei der Gartenbaudirektion in Hannover entlassen und ist der Überzeugung, daß der Angeklagte dies veranlaßt hat. Er hat hierfür zwar keine Beweise, sondern glaubt nur, seine Annahme daraus folgern zu dürfen, daß der Angeklagte wiederholt in der Nähe des Amtsgebäudes der städtischen Gartendirektion betroffen worden sein soll. Diese persönliche Abneigung des Zeugen gegen den Angeklagten legt es aber nahe, daß der Zeuge aus dem verständlichen Wunsche nach Vergeltung doch nicht, - wenn auch vielleicht nur unbewußt -, die volle Sachlichkeit aufgebracht und Beobachtungen, die er zu anderer Zeit gemacht hat, mit seiner Festnahme irrtümlich in Verbindung gebracht hat. Alle diese Gründe sind doch so erheblich, daß das Schwurgericht eine Beteiligung des Angeklagten an der Festnahme des Zeugen Flesmes, Schwertmann, Albrecht und Molok nicht feststellen konnte und deshalb den Angeklagten von diesen Punkten der Anklage aus dem tatsächlichen Grunde des mangelnden Beweises freisprechen mußte. Auf die Vernehmung des Zeugen Trüll, der darüber aussagen sollte, daß der Angeklagte sich zur Zeit der Festnahme in einem SA.-Kursus in Kreiansen befunden habe, kam es deshalb nicht an, da das Beweisergebnis ohnehin zur Überführung des Angeklagten nicht ausreichte.

Dagegen

6

Dagegen ist der Angeklagte wegen Mißhandlung der Zeugen Bellmer und Ludwigs im Sinne der Anklage überführt.

Der Angeklagte bestreitet freilich auch insofern jede Schuld. Mit Bellmer will er überhaupt nur einmal einen Zusammenstoß gehabt haben, als dieser während des Boykotts jüdischer Geschäfte das Warenhaus von Woolworth aufsuchte; doch sei dieser Zwischenfall, wie übrigens der Zeuge Bellmer bestätigt hat, harmlos verlaufen. Das Schwurgericht ist jedoch in vollem Umfange den eidlichen Aussagen des Zeugen Bellmer gefolgt, der in jeder Hinsicht einen glaubwürdigen Eindruck machte. Auch ein Irrtum des Zeugen in der Person des Angeklagten scheidet völlig aus, da der Angeklagte dem Zeugen seit Jahren dem Namen und dem Ansehen nach gut bekannt war und die Vorfälle sich am hellen Tage abgespielt haben.

Mit den Vorfällen im Ricklinger Walde, wo der Zeuge Ludwigs und der Verstorbene Drewes mißhandelt worden sein sollen, will der Angeklagte gleichfalls nichts zu tun haben. Er gibt an, daß er zu anderer Zeit und bei anderer Gelegenheit von mehreren Männern im Ricklinger Walde überfallen worden sei und sich dabei kräftig zur Wehr gesetzt habe. Die Zeugen und den Verstorbenen Drewes kenne er dagegen garnicht, und es müsse eine Personenverwechslung vorliegen. Das Schwurgericht sieht jedoch für erwiesen an, daß der Angeklagte derjenige gewesen ist, der den Zeugen Ludwigs bei dem Zusammenstoß mit den SA.-Männern im Ricklinger Walde den Schlag ins Gesicht versetzt hat. Er hat dabei nicht verkannt, daß sich der Vorfall in den Abendstunden im belaubten Walde und in völliger Dunkelheit abgespielt hat. Es stützt aber seine Entscheidung auf die Aussage des Zeugen Johannes, der eidlich bekundet hat, daß er den Angeklagten beim Schein der von den SA.-Männern benutzten Taschenlampen erkannt hat. Dies ist wohl möglich, denn durch den Schein mehrerer Taschenlampen wird die Umgebung außerhalb des eigentlichen Lichtkegels hinreichend erhellt, um das Gesicht eines bekannten Menschen zu erkennen, und der Angeklagte war dem Zeugen seit Jahren vom Ansehen gut bekannt. Auch hatte sich der Zeuge das Gesicht des Angeklagten noch besonders genau eingeprägt, nachdem er darauf hingewiesen war, daß der Angeklagte ein bekannter Schläger sei, vor dem man sich in Acht nehmen müsse. Außerdem standen die beiden anderen SA.-Männer etwas hinter dem Angeklagten und seitlich von ihm; der Lichtkegel ihrer Taschenlampen streifte deshalb den Angeklagten seitlich und erhellte das Gesicht des Angeklagten erheblich. Auch war der Zeuge Johannes nicht etwa wie Ludwigs durch den Schein der Taschenlampen geblendet, da er sofort beim Erscheinen der SA.-Männer aufgesprungen und außerhalb des Lichtkegels getreten war. Der Zeuge Johannes ist ferner dem Angeklagten nicht feindlich gesonnen und hat sich bei seiner Aussage auf das beschränkt, was er weiß. Er hat auf das Gericht einen voll glaubwürdigen Eindruck hinterlassen und das Gericht trug daher keine Bedenken, die Aussage des Zeugen seiner Entscheidung zu Grunde zu legen. Das Gericht

Gericht hat daher für erwiesen angesehen, daß der Angeklagte im Frühjahr 1933 den Zeugen Ludwigs in der geschilderten Weise im Bicklinger Walde geschlagen hat.

Dagegen steht nicht fest, daß auch der Angeklagte es gewesen war, der den im Kriege gefallenen Drewes mit dem Gewehrlauf geschlagen und gestoßen hat. Der Zeuge Ludwigs hat dazu erklärt, daß er mit Drewes in Begleitung des Angeklagten noch einmal zurückgegangen sei, um seine Brille zu suchen, und daß der Angeklagte auf dem Rückweg von der Bank zum Haupttrupp Drewes gestoßen und geschlagen habe. Das Schwurgericht vermochte sich jedoch von der Richtigkeit dieser Aussage nicht zu überzeugen. Denn warum sollte sich wohl der Angeklagte mit der Bewachung eines weiteren Mannes belastet haben, als er sich mit Ludwigs zum Brillensuchen nach der Bank zurück begab? Wie will ferner der Zeuge Ludwigs die Mißhandlungen des Drewes durch den Angeklagten in der völligen Dunkelheit beobachtet haben? Denn daß der Angeklagte in der einen Hand die brennende Taschenlampe gehalten und mit der anderen das Gewehr zum Schlagen benutzt hätte, ist sehr unwahrscheinlich. Zudem wissen die Zeugen Johannes und Wilhelm Töpelmann nichts davon, daß der Angeklagte den Drewes zum Brillensuchen mitgenommen hat. Dagegen will der letztgenannte Zeuge beim Fortgehen aus dem Gehölz gesehen haben, daß einer der SA.-Männer den Drewes mit einem Gewehrkolben vor sich her geschoben habe. Es mag sein, daß der Zeuge diese Beobachtung bei einem gelegentlichen Auftreffen des Lichtkegels der Taschenlampe wirklich gemacht hat. Aber Schieben ist nicht gleichbedeutend mit Schlagen und Stoßen, und daß es nun gerade der Angeklagte war, der Drewes die Stöße und Schläge versetzt hat, hat außer dem Zeugen Ludwigs kein weiterer Zeuge bekundet. Eine Feststellung, daß der Angeklagte derjenige war, der dem Drewes die Schläge und Stöße versetzt hat, ließ sich deshalb nicht treffen. Ebensowenig konnte auf Grund des Beweisergebnisses festgestellt werden, daß die Kolben-schläge und -stöße, die Drewes erlitten hat, mit Wissen und Willen des Angeklagten durch einen anderen SA.-Mann erfolgt sind. Aus der Tatsache der gemeinschaftlichen Vertreibung der Turner aus dem Walde, desgleichen aus der eigenen Mißhandlung des Ludwigs, ist keineswegs zu folgern, daß der Angeklagte jede Ausschreitung eines der beiden anderen SA.-Männer wie eine eigene Tat wollte. Der Angeklagte war deshalb auch von der Anklage der Mißhandlung des Drewes aus dem tatsächlichen Grunde des mangelnden Beweises freizusprechen.

Die für erwiesen angesehenen Ausschreitungen des Angeklagten waren nun folgendermaßen zu beurteilen:

- a) In den Fällen Bellmer und Ludwigs hat sich der Angeklagte zunächst eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht (Art. II Ziff. 1 c KRG. 10). Er hat die Taten in roher Gefühllosigkeit aus unmenschlicher und unbarmherziger Gesinnung und unter Ausnutzung der

nach

8

nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus frisch gewonnenen Macht begangen. Diese seine Machtstellung als SA.-Führer war auch ohne gesetzliche Ermächtigung tatsächlich vorhanden, wie das in jenen Tagen allgemein üblich war. Es braucht hier nur darauf hingewiesen zu werden, daß er, wie von Bellmer, Flemes, Ludwigs, Johannes und Finn bekundet worden ist, damals oft bewaffnet war oder sich in Begleitung bewaffneter SA.-Männer befunden hat, und daß es, wie sich aus den Aussagen von Flemes, Schwertmann, Molok und Albrecht ergibt, in jenen Tagen in Hannover möglich war, daß die SA. Personen festnahm^{ohne} die gesetzlichen Vorschriften zu beachten, und daß dies von Seiten der damals Regierenden ausdrücklich gebilligt und gutgeheißen wurde. Es erübrigt sich, weiter darauf einzugehen, da die Machtverhältnisse in jener Zeit allbekannt sind.

Allerdings hat der Oberste Gerichtshof in Köln in einer Entscheidung festgestellt, daß ein kurzer körperlicher Angriff ohne weitere Folgen nicht die Menschlichkeit als solche treffe (ZJBl. 1949, S. 34 Nr. 342). Dieser Gesichtspunkt ist vom Gericht nicht außer Acht gelassen, trifft aber auf den vorliegenden Fall nicht zu. Mag es sich auch in beiden Fällen nur um einen verhältnismäßig kurzen Angriff gehandelt haben und mögen auch keine Dauerfolgen eingetreten sein, so liegt dennoch ein Unmenschlichkeitsverbrechen vor, da der unverlierbare Wert des Menschseins in der sittlichen Ordnung durch die ganze Art der Durchführung getroffen worden ist. Wie sich aus dem als erwiesen festgestellten Sachverhalt ergibt, waren die Angehörigen der Linksparteien in jenen Tagen in Ricklingen rächt- und schutzlos ihren Gegnern ausgeliefert. Der Angeklagte hat dies nicht nur benutzt, Bellmer und Ludwigs als politischen Gegnern einen gelegentlichen Schlag zu versetzen, sondern er hat dabei durch seine Bemerkungen zu verstehen gegeben, daß er sie, seine politischen Gegner, als Untermenschen betrachte und sie danach behandle. Die Bemerkung gegenüber Bellmer, dieser sei ein Bonze und werde mit Rumpf und Stumpf ausgerottet, und die Begrüßung der Turner mit dem Zuruf "Da seid Ihr Schweine von der Freien Turnerschaft" bringen deutlich zum Ausdruck, daß er sie in ihrem Menschenwert und ihrer Menschenwürde für nichts achte, daß er sie wie "Schweine" behandeln, sie ausrotten wolle. Es ist also mehr als ein bloßer Schlag gewesen. Der jeweilige Schlag traf Bellmer und Ludwigs, aber durch Schlag und Bemerkung ist die Menschheit selbst getroffen, da damit der Angeklagte, der als uniformierter SA.-Mann die Machtstellung des Nationalsozialismus zum Ausdruck brachte, seinen Gegnern jeden Persönlichkeitswert absprach und sie für nichts erachtete. Es handelt sich deshalb in beiden Fällen um unmenschliche Handlungen nach Art. II Ziff. 1 o KRG. 10, zumal auch die Folgen unmenschlich waren.

waren, da die Betroffenen durch den Schlag nicht nur erhebliche körperliche Schmerzen erlitten, sondern dadurch tief im Innersten getroffen wurden, daß man sie für ein Nichts oder gar für ein Schwein ansah. Beide erlitten daher empfindlichen seelischen Schaden, der den körperlichen überwogen hat. Bellmer, der ausgerottet werden sollte, mußte ausserdem befürchten, daß der Angeklagte ihm weiter nachstellen werde, wie ein späteres Zusammentreffen zu bestätigen schien, bei dem nur durch den Zuruf eines Dritten Tätlichkeiten seitens des Angeklagten vermieden wurden.

Der Angeklagte war sich dessen bewußt, daß seine Angriffe im Zusammenhang mit einem Terror- und Willkürsystem standen und daß die Betroffenen in ihrer Menschenwürde verletzt wurden.

Er ist somit in diesen Fällen des Verbrödens gegen die Menschlichkeit schuldig. Beide Taten stehen im Verhältnis der Tatmehrheit. Zwar ist bei einem Verbrechen gegen das Kontrollratsgesetz 10 bei mehreren Angriffen gegen verschiedene Personen Verbrechenseinheit möglich, wenn die mehreren Handlungen aus der gleichen Situation heraus und in gleichartiger Weise an Menschen der gleichen Gruppe und aus den gleichen Antrieben begangen werden. Die zur Entscheidung stehenden Taten sind jedoch nicht aus der gleichen Situation heraus begangen. Im Falle Bellmer handelt es sich um ein zufälliges Zusammentreffen auf der Straße, bei welcher Gelegenheit der Hass des Angeklagten gegen den alten politischen Gegner aufflammte. Demgegenüber befand er sich im Falle Ludwigs mit einer SA.-Streife unterwegs und hatte sicherlich bestimmte Aufträge. Jedenfalls aber hatte hier sein Auftreten mehr einen SA.-dienstlichen Charakter, öffentlich in Erscheinung tretende politische Gegner zu stellen und gegen sie vorzugehen. Die jeweilige Situation war also eine völlig andere; es fehlt das Bindeglied, das die mehreren Handlungen zu einer Einheitstat vereinigen würde. Übereinstimmende Merkmale sind freilich bei beiden Taten des Angeklagten vorhanden. Sie sind einmal Ausfluß der nationalsozialistischen Willkürherrschaft und außerdem Offenbarungen der gewalttätigen Gesinnung des Angeklagten. Beides reicht aber nicht aus, die Annahme eines Einheitsverbrechens zu rechtfertigen. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß es den Angeklagten nicht entlasten würde, wenn er seinen dienstlichen Auftrag gehabt hätte, gerade gegen die Turner im Ricklinger Walde vorzugehen und sie zu prügeln. Denn er hätte erkennen können und müssen, daß ein solcher Befehl der Gewalt und Willkür entsprang. Im übrigen würde § 4 der VO. zur Beseitigung nationalsozialistischer Eingriffe in die Rechtspflege vom 23.5.1947 (VO.BI.Br.Z. 1947, S.65/66) zu beachten sein, wonach Handeln auf Befehl nicht entschuldigt.

Aus

fehlen
Aus den gleichen Gründen besteht in beiden Fällen auch keine Verbrechenseinheit zu der bereits durch Urteil der 2. Strafkammer des Landgerichts Hannover vom 4.11. 1947 abgeurteilten Tat, die in den Gründen des Urteils als Verbrechen nach dem KRG.10 bezeichnet worden ist. Bei der Verfehlung im Ricklinger Walde handelt es sich, wie dargetan, um eine auftragsgebundene Aktion, dagegen beruht der Fall Bellmer und auch der durch die 2. Strafkammer des Landgerichts Hannover abgeurteilte Fall auf einer zufälligen Begegnung mit einem politischen Gegner. Weder bei dem zufälligen Zusammentreffen kann im Verhältnis zueinander von einer gleichen Situation gesprochen werden, noch gilt dies von dem Verhältnis einer zufälligen Begegnung und Handlung zu der auftragsgebundenen Tat. Es ist deshalb kein Verbrauch der Strafklage gegeben. Das Gericht ist außerdem der Auffassung, daß selbst bei Bejahung der Verbrechenseinheit kein Verbrauch der Strafklage gegeben wäre, ebensowenig wie dies der Fall wäre, wenn hier Fortsetzungszusammenhang angenommen werden könnte, was jedoch nicht möglich ist, da verschiedene Rechtsgüter verletzt worden sind. Das Gericht schließt sich insoweit der früheren Rechtsprechung des Reichsgerichts bezgl. des Fortsetzungszusammenhangs an, welches erklärt hat, daß beim Fortsetzungszusammenhang kein Verbrauch der Strafklage gegeben sei, wenn zunächst nur eine Einzeltat abgeurteilt worden ist (vergl. JW.1928/2247). Das Gleiche müßte gelten, wenn mehrere Taten ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit bedeuten würden. Denn auch dann würde es sich um eine aus Zweckmäßigkeitsgründen rechtspolitischer Art erfolgende Zusammenfassung mehrerer Handlungen, nicht um eine natürliche Einheit handeln. Die gleichen Gründe für die Entscheidung des Reichsgerichts in JW. 1928/2247 würden deshalb entsprechend auch hier gelten.

Da nach Art. III Ziff. 1 Abs.2 KRG.10 in Verbindung mit Gesetz Nr.47 der Mil.Reg. das KRG.10 auf die sämtlichen vor seinem Inkrafttreten erfolgten verbrecherischen Handlungen der Hitlerzeit anzuwenden ist, war der Angeklagte wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit in 2 Fällen zu bestrafen, zumal auch keine Verjährung vorliegt (Art.II Ziff. 5 KRG.10, § 67 StGB.).

- b) Der Angeklagte hat durch seine Verfehlungen gegenüber Bellmer und Ludwigs ferner ~~gegen~~ deutsche Strafbestimmungen verstoßen, durch die Rechtsprechung des OGH., der auf einen Erlaß der Mil.Reg. vom 16.1.1948 Bezug genommen hat, ist klargestellt worden, daß bei Unmenschlichkeitsverbrechen die Tat nicht nur als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet werden muß, sondern in Tateinheit zu diesen Verbrechen auch als Verstoß gegen die deutschen Bestimmungen abgeurteilt werden muß, wenn die Voraussetzungen hierfür vorliegen (vgl. ZfBl.1948, S.161).

Nach

11

Nach deutschem Recht hat sich nun der Angeklagte in Falle Bellmer der gefährlichen Körperverletzung (§ 223 a StGB.) und in Falle Ludwigs der Körperverletzung (§ 223 StGB.) schuldig gemacht. Er hat den friedlich auf der Straße gehenden Bellmer vor die Brust gefaßt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Eine rechte Gegenwehr war Bellmer nicht möglich, da ihm der Angeklagte körperlich überlegen ist und außerdem die Uniform der Machthaber trug. Der Angeklagte hat so Bellmer körperlich mißhandelt und er hat das vorsätzlich getan, denn er betonte selbst, daß er Bellmer vernichten wolle. Hierbei hat er sich nicht nur seiner Faust, sondern auch des mitgeführten Karabiners bedient, mit dem er Bellmer vor die Brust gestoßen hat, wodurch diesem weitere Schmerzen verursacht wurden. Er hat sich also eines gefährlichen Werkzeugs bedient, denn ein Gewehr ist auch dann ein gefährliches Werkzeug, wenn es als Schlag- und Stoß-Instrument benutzt wird, da es auch dann geeignet ist, erhebliche Verletzungen zuzufügen.

Im Falle Ludwigs bedarf es keiner weiteren Erörterungen, daß vom Angeklagten eine vorsätzlich leichte Körperverletzung (§ 223 StGB.) begangen worden ist, da er Ludwigs durch den harten Faustschlag ins Gesicht körperlich so mißhandelt hat, daß dieser über die Bank fiel und längere Zeit stark benommen war. Dagegen hat das Gericht nicht feststellen können, daß die Voraussetzungen einer gefährlichen Körperverletzung gegeben sind. Der Angeklagte ist zwar nicht allein im Ricklinger Walde gewesen, vielmehr haben sich noch andere SA.-Männer bei ihm befunden. Es steht jedoch nicht fest, daß diese die Tat des Angeklagten als eigene gewollt haben. Es wäre denkbar, daß es ihnen nur darauf ankam, die singenden Turner ausfindig zu machen und sie aus dem Walde zu treiben und daß der Angeklagte sich zu einer von seinen Begleitern nicht gewollten Tat hat hinreißen lassen, als er Ludwigs schlug. - Auch liegt kein hinterlistiger Überfall vor. Ein Überfall ist ein Angriff auf den Verletzten, dessen sich dieser nicht versieht und auf den er sich nicht vorbereiten kann. Das ist hier nicht der Fall. Denn die anderen Turner haben den Angriff rechtzeitig erkannt und sind von der Bank hoch- und etwas zur Seite gesprungen. Ludwigs mußte ebenfalls damit rechnen, daß der vortretende SA.-Mann irgendetwas unternehmen werde. Denn sonst hätte dieser nicht so dicht herantreten brauchen. Auch deutete die Anrede "Da seid Ihr Schweine von der Freien Turnerschaft" an, daß etwas erfolgen werde. Ferner war Ludwigs durch die von einem seiner Kameraden zugeflüsterte Bemerkung "Bock", des Namens des allen als Schläger bekannten SA.-Führers, auf das Kommando vorbereitet. Jedenfalls aber hat der Angeklagte seine Absicht der Mißhandlung nicht verdeckt, so daß ein Hinterlist nicht vorlag.

Der

Der Angeklagte hat sich somit in Tateinheit mit den Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Falle Bellmer der gefährlichen Körperverletzung und im Falle Ludwigs der Körperverletzung schuldig gemacht. Eine Verjährung ist auch hier wegen der die Verjährung hindernden Wirkung des KRG.10 nicht erfolgt; außerdem wäre auch die gefährliche Körperverletzung nach § 3 der VO. zur Beseitigung nationalsozialistischer Eingriffe in die Rechtspflege vom 23.5.1947 (VO.BI.Br.Z. 1947, S.65) nicht verjährt. Eines strafantrages zur Verfolgung wegen einfacher Körperverletzung bedurfte es nicht, weil die Strafverfolgungsbehörde wegen des besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung ein Einschreiten von Amts wegen für geboten erachtet hat (§ 232 Abs.1 StGB.).

Der Angeklagte war somit unter Freisprechung im übrigen wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit in 2 Fällen, davon in einem Fall in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung und in anderen Fall in Tateinheit mit Körperverletzung zu verurteilen.

Bei der Strafzumessung war zugunsten des Angeklagten zu beachten, daß er außer einer unbedeutenden Vorstrafe wegen Beleidigung bis zu seiner Verurteilung durch Urteil der 2. Strafkammer des Landgerichts Hannover vom 4.11.1947 keine Vorstrafen erlitten hat. Es handelt sich bei ihm um einen Mann, der als Arbeiter gewissenhaft seine Pflicht erfüllt und der in seiner primitiven, einfachen Denkart das Opfer politischer Verhetzung geworden zu sein scheint. Die Taten sind auch unmittelbar nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus begangen, zu einer Zeit also, in der sich der Angeklagte wegen des vorausgegangenen politischen Kampfes noch in sogenannter "Kampfstimmung" befunden haben mag und in der er als einfacher Mann mit den ihm plötzlich zur Verfügung stehenden weiten und willkürlichen Machtbefugnissen nicht maßhalten konnte. Schließlich soll dem Angeklagten im Falle Ludwigs zugute gehalten werden, daß er sich auf SA.-Streife befand und vermutlich den Befehl hatte, gegen politische Gegner streng und energisch vorzugehen. Andererseits durfte nicht unberücksichtigt bleiben, daß es sich um Rohheitsdelikte handelt und daß der bei den Opfern des Angeklagten eingetretene körperliche und seelische Schaden nicht unerheblich war, auch wenn keine Dauerfolgen zurückgeblieben sind. Deshalb sind für den Fall Bellmer 4 Monate und für den Fall Ludwigs 3 Monate Gefängnis verhängt worden, aus denen eine Gesamtgefängnisstrafe von 5 Monaten gebildet worden ist (§ 74 StGB.).

Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 465, 467 StPO.

gez. Heinrichs,

Götte,

Fuhst.

Ausgefertigt:

Schultz
(Schultz)

Justizsekretär,

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
des Landgerichts.

